

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Wohnbauförderung: Für zahlreiche Familien ein eigenes Dach

Seit 1958 mehr als 2500 Objekte mit zinslosem Darlehen gefördert – Allein im Berichtsjahr 1990 für rund 11 Millionen Franken

(hoe) – Als 1958, also vor mehr als 30 Jahren, das Wohnbauförderungsgesetz in Kraft trat, war die Grundlage für eine der wichtigsten sozialen Errungenschaften in Liechtenstein geschaffen. Seit dieser Zeit hat der Staat vielen Familien zu einem eigenen Dach über dem Kopf verholfen. Gemäss kürzlich veröffentlichtem Bericht 1990 der Regierung sind bis heute insgesamt 2533 Objekte mit einer Gesamtdarlehenssumme von 87,5 Millionen Franken gefördert worden. Im Berichtsjahr 1990 waren es allein 85 neue Einheiten mit einem Förderungsbetrag von rund 11 Millionen Franken.

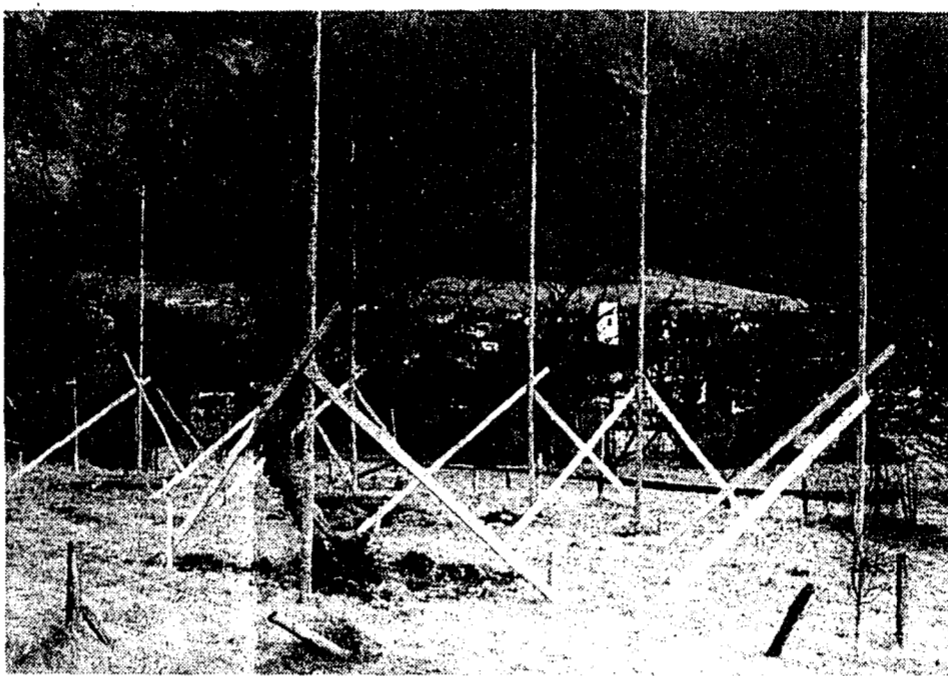
Wie diese Eckwerte verdeutlichen, hat die Wohnbauförderungspolitik in Liechtenstein zwei wesentliche Komponenten: nämlich die soziale und die wirtschaftliche Funktionserfüllung, die das einheimische Baugewerbe nachhaltig beeinflusst. Dabei ist ein Blick auf den Zahlenspiegel der Regierungsstatistik interessant: 1990 gingen bei der Kommission für Wohnbauförderung 98 Anträge für Förderungsmittel ein, nämlich für 41 Eigenheime, elf Wohnungen im Stockwerkeigentum, 44 Reihenhäuser und zwei Althäuser. Vier Gesuche musste die Regierung ablehnen, eine Beschwerde ist noch hängig und der Rest auf das laufende Jahr 1991 verschoben.

Somit kam es für 85 Objekte zur Darlehensgewährung, die ein Bauvolumen von 72.702 Kubikmetern mit Gesamtbaukosten von 45,4 Millionen Franken repräsentieren. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Kubaturvolumen um rund 1000 Kubikmeter verringert, hingegen erhöht sich die Baukosten um rund 2,8 Millionen Franken. Diese rund 45,4 Millionen Franken fliessen zum grössten Teil in die gewerbliche Wirtschaft des Landes.

54 Darlehensnehmer bezahlten 1990 ihre Schuld an den Staat zurück, so dass sich bis heute insgesamt 498 Löschungen ergeben. Die Zahl jener Eigenheim-Objekte, die besonders durch die drastischen Hypothekenzinserhöhungen «nicht mehr gehalten» werden konnten, ist im Rechenschaftsbericht der Regierung nicht aufgeführt.

100-Mio.-Grenze bald überschritten

Nach dem Darlehensstand zu beurteilen, ist die Wohnbauförderung besonders in Balzers am stärksten ausgeprägt. Dort wurden bis heute 443 Objekte mit einem Darlehensbestand per Ende 1990 von 14,7 Millionen Franken gefördert. Es folgen Schaan mit 354 Objekten (Darlehensstand 12,1 Millionen Franken), Triesen mit 302 Objekten (9,4 Millionen Franken), Eschen/Nendeln mit 277 (10,2 Millionen Franken), Triesenberg mit 272 (10,7 Millionen Franken), Ruggell mit 236 (8,6 Millionen Franken), Mauren/Schaanwald mit 223 (6,8 Millionen Franken), Vaduz mit 209 (6,5 Millionen Franken), Gamprin/Bendern mit 99 (4,4 Millionen Franken), Schellenberg mit 93 (3,2 Millionen Franken) und Planken mit 25 Objekten und einem Darlehensstand von 0,7 Millionen Franken. Unter Berücksichtigung der Rückzahlungen von staatlichen Darlehen, Subventionen zur Darlehensminderung sowie neuer Darlehen in



Im vergangenen Jahr wurden in Liechtenstein für 39 Eigenheime, elf Wohnungen im Stockwerkeigentum, 43 Reihenhäuser und zwei Althaus-Umbauten Förderungsmittel bei der Wohnbauförderung beantragt. (Archivbild)

der Nettohöhe von 8,8 Millionen Franken, haben sich die offenen Darlehen von 82,6 auf 87,5 Millionen Franken im Berichtsjahr 1990 erhöht. Es kann damit gerechnet werden, dass spätestens in drei Jahren die 100-Millionen-Grenze an staatlichen Darlehen überschritten sein wird.

Teurer Boden – das grösste Hindernis

Die fast explosionsartige Verteuerung der ohnehin knappen Bodenressourcen bildet das grosse Problem der privaten Eigentumsbildung. Für die allermeisten

(Fortsetzung auf Seite 2)

EWR ohne die Schweiz durchaus möglich

Zürich (AP) Wenn die Schweiz beim Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht mitmacht, so muss sich das nicht negativ auf ein allfälliges Beitrittsgebet zur Europäischen Gemeinschaft (EG) auswirken. Dies erklärte der EG-Vizepräsident Frans Andriessen in einem Interview der jüngsten Ausgabe der «Schweizerischen Handelszeitung» vom Mittwoch.

Ein EWR ohne die Schweiz würde natürlich viel von seinem Gewicht verlieren, wäre aber trotzdem denkbar, sagte Andriessen weiter. Ein Mitmachen im EWR präjudiziere im Hinblick auf einen Beitritt gar nichts. «Ich glaube grundsätzlich nicht, dass ein solches Gesuch damit weniger Chancen hätte», sagte der EG-Vizepräsident weiter. EWR- und EG-Mitgliedschaft seien zwei verschiedene Dinge. Mit dem EWR würden allerdings bereits eine Reihe von Bedingungen geschaffen, die einen Beitritt erleichterten.

Andriessen bekräftigte erneut, dass für die EG ohne eine Einigung im Bereich des Alpentransits ein EWR nicht möglich sei. «Offiziell wurde die Korridor-Forderung nie zurückgezogen», sagte der EG-Vizepräsident. Die EG habe zwar Verständnis dafür, dass in der Schweiz diese Frage ein sehr sensibles Thema ist. «Wenn man in Europa mitmachen will, wird man aber im Transit gewisse Kompromisse akzeptieren müssen», sagte er im Interview.

Schweiz in vielen Bereichen ein Modell für Vereintes Europa

Das 700-Jahr-Jubiläum der Eidgenossenschaft wird heute auch vom Schweizer Verein in Liechtenstein in würdigem Rahmen begangen

(mö) – «In ihrer langen Geschichte hat die Schweiz Hervorragendes geleistet und war immer wieder für Europa ein Ort der Freiheit und Toleranz. Europa wird dieses Land brauchen, das in vielen Bereichen ein Modell darstellt für ein Vereintes Europa. Am 700-Jahr-Jubiläum werden wir uns in Liechtenstein mit Ihnen freuen, und unsere besten Wünsche begleiten die Schweiz für die Zukunft, die auch in manchem unsere Zukunft ist». Diese Worte stehen am Schluss einer Ansprache, die Landesfürst Hans-Adam II. anlässlich seines Staatsbesuchs in der Schweiz im Oktober letzten Jahres beim Empfang im Berner Bundeshaus hielt. Das stolze Jubiläum wird heute, am 1. August 1991, nicht nur in der Schweiz gross gefeiert; unter dem Motto «Das Tessin grüsst Liechtenstein» hat auch der Schweizer Verein im Fürstentum Liechtenstein eine würdige Feier in Vaduz vor-

bereitet. In den gestrigen Leitartikeln Schweizer Tageszeitungen stand – wie nicht anders zu erwarten war – das Thema «Schweiz und europäische Integration» oft im Mittelpunkt. «An ihrem 700. Geburtstag kommt Helvetia an Europa nicht mehr vorbei», titulierte der «Tagesanzeiger» seinen Leitartikel zum Bundesfeiertag. Die Auseinandersetzung um die Integrationsfrage werde ein voraussehbarer schmerzhafter Prozess. «Wenn die direkte Demokratie», so der Autor in seiner Schlussfolgerung, «in dieser für die Schweiz wichtigsten Entscheidung des Jahrhunderts funktionieren soll, ist eine breite und frontale Konfrontation mit allen Facetten der Situation aber unausweichlich».

Partizipation kann ein Weg sein

Auch für die «Neue Zürcher Zeitung» stellt die politische Integration im grossen

Europa das eidgenössische Staatsgebilde, das Selbstverständnis als politisch souveräne Bürger wie auch die Fähigkeit zur Anpassung, zum Wandel ohne Selbstverleugnung erneut und in ganz neuartiger Weise auf die Probe. Die NZZ dazu wörtlich: «Integration, die als Selbstaufgabe, als Verzicht auf das Eigene empfunden wird, kommt nicht in Betracht. Partizipation an der grossen Gemeinschaft kann jedoch auch für Schweizer ein Weg sein, um das eigene Wesen zu behaupten und eigene Interessen und Ideale in einer grösseren politischen Gemeinschaft wahrzunehmen und umzusetzen. Die Idee Schweiz kann sich mit einer freiheitlichen Idee und Gestalt Europas durchaus vertragen; allerdings müssen und wollen wir für eine uns zuträgliche Gestaltung Europas einstehen und kämpfen. Unverträglich würden die Dinge dann, wenn Europa durch Machtansprü-

che gegen innen wie gegen aussen die Freiheit seiner Glieder wie seiner Partner in der Welt beschneiden und brechen wollte». Aufgabe und Rolle der Schweiz bleibe es, so die NZZ abschliessend, das schweizerische Ideal einer politischen Freiheit ohne Herren und Knechte, wie sie Tell symbolisierte, und einer Gemeinschaft des gegenseitigen Dienens im eigenen Land, in Europa und in der Welt morgen so gut wie gestern zu verkörpern. Die politische Grundidee, die Willensnation Schweiz, behalte Sinn und Existenzrecht. Aber sie werde auch im nächsten Jahrhundert innere und äussere Herausforderungen und Gefahren nur bestehen, wenn die Bürger bereit seien zum Engagement und zum Dienst an der gemeinsamen Sache.

Keine Untergangsstimmung

Nach Ansicht des schweizerischen Bundespräsidenten Flavio Cotti sind die Zeiten des «Superpatriotismus» in der Schweiz vorüber. In einem 1.-August-Interview verweist Cotti die alten vaterländischen Gefühle, wie sie etwa an der 650-Jahr-Feier inmitten der Kriegswirren die Menschen beherrschten, ins Reich der Vergangenheit. Hingegen teilt der Bundespräsident die «allzu modische Sicht nicht, wonach alles in diesem Land nach Resignation und Abbruch aussieht». Die Schweizerinnen und Schweizer stünden auch heute noch zu diesem Land. Von einer Untergangsstimmung könne nicht die Rede sein. In bezug auf die Herausforderungen im künftigen Europa und im nächsten Jahrtausend gibt sich der Magistrat zuversichtlich. Die Instrumente der direkten Demokratie hätten sich bisher bewährt; die Volksrechte gehörten zum Wesen der Schweiz, und mit deren Ausübung seien die Schweizerinnen und Schweizer für die Zukunft gewappnet. Dies schliesse allerdings nicht die Anpassung der direkt-demokratischen Elemente an moderne Gegebenheiten aus: Gerade der Entscheid, auf dem Weg hin zu Europa eine gewisse Delegation dieser Rechte hinzunehmen, wird laut Cotti zu einem «Kernpunkt» der Europadiskussion werden. «Vom traditionellen Alleingang der Schweiz darf ganz einfach nicht mehr die Rede sein».

(Seite 3: Interview mit dem Präsidenten des Schweizer Vereins in Liechtenstein, Antonio Corbi)

Förderungsmittel für 85 Wohnobjekte

Im Berichtsjahr 1990 sind laut Rechenschaftsbericht der Regierung netto 11 Mio. Franken an Darlehenszahlungen, Bausubventionen und Reihenhäuserausgaben zur Förderung von 85 Wohnobjekten ausgeschüttet worden. Die Objekte nach Gemeinden aufgeteilt:

Gemeinde	bisher	neu	total
Balzers	429	14	443
Triesen	299	3	302
Triesenberg	254	18	272
Vaduz	200	9	209
Schaan	344	10	354
Planken	25	-	25
Eschen/Nendeln	263	14	277
Mauren/Schaanwald	216	7	223
Gamprin/Bendern	98	1	99
Schellenberg	93	-	93
Ruggell	227	9	236
	2448	85	2533

Triesen: Gemeindehaushalt auf solider Grundlage

Investitionstätigkeit: 1990 mit 8,66 Mio. Fr. auf hohem Niveau – Überschuss in der Laufenden Rechnung

(hoe) – Der Triesener Gemeinderat will auch weiterhin auf einem sparsamen und den Bedürfnissen angepassten, soliden Finanzkurs weiterfahren. So hat der Gemeinderat bei der Verabschiedung der Jahresrechnung 1990, die nunmehr vorliegt, auf die Tendenz der negativen Scherenbewegung hingewiesen. Diese Scherenbewegung, d.h. steigende Ausgaben bei stagnierenden Einnahmen, prägen in zunehmendem Masse das finanzpolitische Bild.

So weist die laufende Rechnung gegenüber dem Vorjahr einen Minderertragsüberschuss von rund 880 000 Franken aus, was bedeutet, dass um diesen Betrag weniger investiert werden kann als im Vorjahr. Lagen die Abschreibungen 1989 noch bei 5,7 Mio., so reduzierten sich diese laut Gemeindeberechnung 1990 auf 4,9 Mio. Franken. Die Barreserven gingen im gleichen Zeitraum von 10 Mio. auf 8,5 Mio. Franken zurück.

Unter dem Aspekt des vorgesehenen modifizierten Finanzausgleich-Verteilungsschlüssels wird Triesen inkünftig mit weniger Mitteln rechnen müssen als frü-

her. Die Laufende Rechnung für das Berichtsjahr 1990 weist Einnahmen in Höhe von 14 Mio. Franken bei Ausgaben von 9,017 Mio. Franken aus. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen von 4,906 Mio. schliesst die Verwaltungsrechnung mit einem Ertragsüberschuss von 78 329,35 Franken praktisch ausgeglichen ab. Den Hauptanteil der Einnahmen bilden nach wie vor die Steuern und Umlagen mit einem Betrag von 9,58 Mio. Franken. Auf der Ausgabe Seite fallen folgende Positionen besonders ins Gewicht: Verwaltung 1,5 Mio.; Bauwesen 1,4 Mio.; Schulwesen 1,16 Mio.; Wasserversorgung 0,7 Mio. (bei Erträgen von 0,9 Mio.); Landwirtschaft 0,55 Mio.; Sozialwesen 0,4 Mio.; Garnetschhof 0,67 Mio. (bei 0,73 Mio. Erträgen); Umweltschutz 0,36 Mio..

Netto-Investitionen 6,7 Mio.

Auf sehr hohem Niveau bewegten sich 1990 die Investitionen. Unter Berücksichtigung der Subventionen fällt der Investitionshaushalt (Brutto 8,66 Mio.) mit Mitteln in Höhe von 6,7 Mio. Franken recht beachtlich aus. In den Hochbaubereich flossen 3,26 Mio. Franken; in den Tief-

baubereich 2,8 Mio.; in den Kanalisationsbau 0,68 Mio.; in die Wasserversorgung 0,3 Mio. für die Anschaffung von Mobiliar und Einrichtungen 0,47 Mio. und für das Materiallager Wasserwerk 0,28 Mio. Franken.

Unter Berücksichtigung der Abschreibungspositionen auf das Verwaltungsvermögen in Höhe von 6,573 Mio. Franken und dem Hertrag des Ertragsüberschusses aus der Verwaltungsrechnung in Höhe von 78 329,35 Franken schliesst die Investitionsrechnung 1990 mit einem Fehlbetrag von 2,011 Mio. Franken ab. Dieser Betrag ist durch das vorhandene Finanzvermögen abgedeckt. Das Eigenkapital betrug am Stichtag 31. Dezember 1990 Fr. 15 825 601,55 Franken.

Die Triesener Finanzpolitik wird sich in den nächsten Jahren auf die Bedürfnisse ausrichten müssen. So stehen wichtige Projekte zur Realisierung an wie z.B. die Überbauung des Fabrikgebäudes Spörry, die Renovation und Erweiterung der Pfarrkirche, die Förderung des sozialen Wohnungsbaues, die laufende Schulhaus-Sanierung sowie allgemeine Verbesserungen der Infrastruktur und Instandhaltung bestehender Gemeindeanlagen.



Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.

THONY office
FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075-2 44 22